

Berlin (pm). Die „Arbeitsgemeinschaft Koordinierungsausschuss“ ist in Berlin gegründet worden. Der Ausschuss soll fleißig sein: Das Gremium hat die Aufgabe, jährlich für mindestens zehn Krankheiten die Kriterien einer zweckmäßigen und wirtschaftlichen Leistungserbringung zu beschließen – und das sektorübergreifend und auf Grundlage evidenzbasierter Leitlinien. Das Gremium soll die bestehenden Ausschüsse Ärzte/Zahnärzte und Krankenkassen sowie Krankenhaus koordinieren und deren Geschäfte führen.

Politiker drücken sich

Berlin (Iure). Der Streit um die Forschung an humanen embryonalen Stammzellen geht weiter. Niemand rechnet mehr damit, dass das Embryonenschutzgesetz bis zur nächsten Bundestagswahl verändert wird. Stattdessen hat die Regierungskoalition an die deutschen Forscher appelliert, die Forschung mit den umstrittenen Zellen vorerst auf Eis zu legen. Plante die CDU/CSU ursprünglich noch einen Gesetzesantrag, so ist schließlich nur noch die Forderung nach einem Moratorium herausgekommen.

Wieder einmal überholte die Forschung die Politik. Die (gewollte?) Gesetzeslücke, nach der der Import der Stammzellen nicht verboten ist, wurde bereits genutzt. Nicht nur in Bonn kämpft man um das Objekt der Begierde. Auch Kiel und München/Lüneburg rückten plötzlich ins Blick-

feld der Öffentlichkeit. Berühmt wurde der Bonner Standort nur deshalb, weil das Projekt von der Deutschen Forschungsgemeinschaft bezahlt werden sollte. Wissenschaftler, die nicht auf Forschungsgelder angewiesen sind, können wesentlich weniger öffentlich agieren.

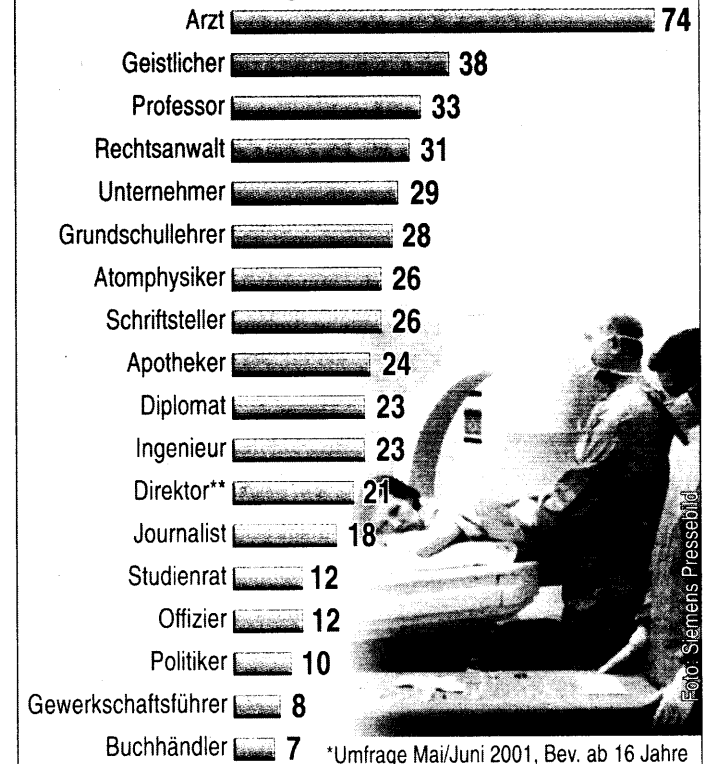
In den USA ist eine weitere ethische Grenze gefallen. Dort wurden Embryonen zum Zwecke der Herstellung von Stammzellen erzeugt. Deutsche Wissenschaftler beschäftigen sich nun mit der Frage, ob aus den Stammzellen Menschen werden könnten, die Stammzellen also mit Embryonen gleichzusetzen wären. Allerdings wird an Primaten geforscht. Aber wären die Ergebnisse wirklich übertragbar? Selbst wenn es schnell ein neues Embryonenschutzgesetz gäbe: Die Diskussion ginge aber weiter.

bleiben beliebt

Allensbach (dpa). Ärzte genießen in Deutschland weiterhin das höchste Prestige. Das ergab auch dieses Jahr die vom Allensbach-Institut veröffentlichte Umfrage. Demnach zählen 74 Prozent der Befragten den Arztberuf zu den fünf Berufen, vor denen sie am meisten Achtung haben. Allerdings gibt es einen leichten Abwärtstrend. Vor sechs Jahren attestierten 81 Prozent und vor zwei Jahren noch 75 Prozent der 2.054 Befragten den Ärzten ein ganz besonders hohes Ansehen. Der Abstand zu den zweitplatzierten Pfarrern bleibt jedoch respektabel.

Den drastischsten Rückgang mussten die Botschafter hinnehmen: Binnen zwei Jahren sank ihr Ansehen von 31 auf 23 Prozent. Die Journalisten konnten sich dagegen um vier auf 18 Prozent steigern.

Wer genießt die größte Achtung?



IN DIESER AUSGABE INFORMIEREN WIR SIE ÜBER ANDERE MEDIEN

Ausgebremst

Es wäre beinahe alles perfekt verlaufen in Sachen AO-Reform. Doch die Kultusminister haben wieder einmal quer geschossen.

Seite 3

Nagelprobe

Die Sozialpolitik wird zur Nagelprobe der modernen Demokratie. Das meint Dr. Dieter Boeck, mb-Hauptgeschäftsführer. Warum?

Seite 4

Skandinavien ...

... bietet für Ärzte interessante Arbeitsbedingungen. Beispiele sind Schweden und Dänemark, über die Sie mehr erfahren auf

Seite 5

Via medici 2001

Das große Informationsangebot auf dem 4. Via-medici-Kongress begeisterte – ein Kongress, den der Marburger Bund mitgestaltet.

Seite 7

Vergütung

Es liegt nun der erste Arbeitsentwurf für ein Gesetz zur Einführung des DRG-Vergütungssystems vor – aber mit vielen Haken und Ösen.

Seite 8

3. A
2975 X
ZB MED